

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

19.12.1932 (No. 297)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A. Meißner, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kontorabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellungen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralanbestellbüro für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Badische Elektrizitätswirtschaft im Jahre 1932

Von Dr. Karl Schneider, Mannheim
Der Rückgang des Stromabfahses infolge der schlechten Beschäftigung der Industrie hat bis vor kurzem angehalten, wenn er auch bei den einzelnen Werken verschieden hoch ist. Es wird nun versucht, ihn soweit als möglich auszugleichen. So kann z. B. in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Industrie und Haushalt noch mehr Strom wirtschaftlich untergebracht werden, als das bisher der Fall gewesen ist. Das Lehren nicht nur die Verhältnisse im Ausland, sondern auch verschiedene interessante Untersuchungen, die im Laufe der letzten Zeit veröffentlicht worden sind. So hat z. B. die Badische Landwirtschaftskammer einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb von etwa 4 Hektar Umfang in Märsch bei Karlsruhe als elektrischen Versuchsbetrieb eingerichtet.

Nach den Mitteilungen des Versuchsanstellers, Privatdozent Dr. Gallwitz, stellt sich in dem betreffenden Betrieb der jährliche Stromverbrauch für Licht (einschl. Bügelisen) auf 156 Kilowattstunden für Kraft (Hädfelmaschine, Schrotmühle und Mähenscheider) auf 85 Kilowattstunden, für das elektrische Kochen auf 1256 Kilowattstunden, für das Kartoffeldämpfen auf 1532 Kilowattstunden und für die Warmwasserbereitung auf 2500 Kilowattstunden. Auf den Hektar landwirtschaftlicher Fläche umgerechnet, beträgt hiernach der Stromverbrauch pro Jahr nur 40 Kilowattstunden für Licht und sogar nur 21 Kilowattstunden für Kraft. Im Gegensatz hierzu steht die Verwendungsmöglichkeit der Elektrizität für Koch- und Heizzwecke, d. h. es ist durch Lieferung von elektrischer Wärme mit Leichtigkeit das Siebensache an elektrischer Energie in gleichmäßigem Anfall unterzubringen. Dabei fällt die Hauptleistung dieser Energieabnahme in der Nacht, also in die Zeiten des niederen Tarifes. Diese überaus günstige Perspektive sollte mehr bei der von der Landwirtschaft ausgenutzt werden. Die heutige Wirtschaftslage, die jede Geldausgabe aufs äußerste einzuschränken gebietet, spielt hier natürlich eine große Rolle. Immerhin läßt sich heute schon in einzelnen Gegenden eine vermehrte Verwendung von elektrischen Kochapparaten und Kartoffeldämpfern zur Herstellung von Viehfutter beobachten.

Über die Verwendung der Elektrizität im Handwerk hat Oberregierungsrat Bucarius, Direktor des Landesgewerbeamts in Karlsruhe, in den Veröffentlichungen des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft interessante Mitteilungen gemacht. Danach ist die heutige Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit sowie die Festigung der Stellung des Handwerkes im Wirtschaftsleben mit in erster Linie dem Elektromotor zu verdanken.

In den Haushaltungen nimmt das elektrische Kochen erfreulicherweise stetig zu. Die Zahl der elektrischen Kochen dürfte in Baden bereits über 6000 gestiegen sein. In einem kleinen Versorgungsgebiet u. B. sind allein 638 elektrische Kochherde im Betrieb, darunter 16 Großflächenherde in Hotels und Pensionen. In Gernsbach sind bis jetzt in 245 von insgesamt 829 Haushaltungen elektrische Herde in Benutzung. Gleichzeitig wurde hier wahlweise an Stelle des alten Zähler tariffs der Grundgebührentarif neu eingeführt. Die Folge davon ist, daß die Gernsbacher heute billiger mit Strom beliefert werden als früher.

Der Grundgebührentarif ist übrigens im Laufe der letzten Zeit in allen größeren Elektrizitätswerken in Baden eingeführt worden. Sein Vorteil besteht darin, daß ein Haus oder ein Haushalt mit Strom versorgt werden kann, ohne daß eine Unterteilung nach den verschiedenen Verwendungszwecken stattfindet. Mit einem einzigen Zähler wird der Strom gemessen und in ein und derselben Installationsanlage verteilt. Auch außerhalb Badens findet der neue Grundgebührentarif für Kleinabnehmer in großem Umfang Anwendung. Nach zuverlässigen Schätzungen werden heute in ganz Deutschland mindestens 40 Prozent der Einwohner mit etwa 44 Prozent des Gesamtstromverbrauchs auf dieser Grundlage mit Strom versorgt.

Bedenklicher Weise ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den Städten von einer Stromverbilligung nichts zu spüren; denn die Städte erheben Finanzzuschläge auf die Strompreise, die von Jahr zu Jahr eher höher als niedriger werden. Die Städte brauchen diese Gelder zum Ausgleich ihrer Budgets. Sie hemmen aber dadurch eine Entwicklung, die sich heute schon in den Versorgungsgebieten der privaten Elektrizitätswerke in erfreulicher Weise auszuwirken beginnt. Es handelt sich hier um die Verwendung der Elektrizität für Koch- und Heizzwecke. Die Folge davon ist, daß z. B. die Bevölkerung im hintersten Badenwald und auf dem höchsten Schwarzwald billiger mit Koch- und Heizstrom beliefert wird, als das in den meisten Städten der Fall ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Baden mit seinen vielen Wasserkräften besonders dazu berufen ist, billigen Strom zu erzeugen und zu liefern und damit günstige Voraussetzungen für den Wiederaufbau der badischen Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung zu schaffen.

Einweihung der neuen Stadt Vittoria. Mussolini hat am Sonntag die neue Stadt Vittoria feierlich eingeweiht. Sie liegt auf dem weiten Gebiete etwa 60 Kilometer südwestlich von Rom, den pontinischen Sümpfen, das von ehemaligen Frontkämpfern urbar gemacht wurde.

Letzte Nachrichten Prüfung der Schuldenfrage

Am heutigen Montag Sonderbotschaft Hoovers?

W.B. Washington, 19. Dez. (Tel.) Gestern Abend wurde es für sehr wahrscheinlich gehalten, daß Präsident Hoover die Sonderbotschaft über die Schuldenfrage heute, Montag, an den Kongreß richten wird. Hoover hat so gut wie den ganzen Sonntag damit verbracht, die Botschaft abzuschaffen. Die Sonderbotschaft, in der Hoover wiederum die Ernennung einer Kommission zur Überprüfung der Schuldenfrage empfiehlt, wird das Schuldenproblem mit den Fragen der Weltwirtschaft verknüpfen. Von zentraler Seite wurde zu verstehen gegeben, daß nur ein unvorhergesehenes Ereignis im Auslande den Präsidenten veranlassen würde, seine Botschaft an den Kongreß zu verschieben.

W.B. Paris, 19. Dez. (Tel.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington soll Präsident Hoover an die Einsetzung eines Ausschusses unabhängiger Sachverständiger denken, der infolge seines internationalen Charakters dem Sachverständigenausschuß ähneln würde, dessen Bericht dem Abkommen von Lausanne zugrunde gelegen habe. Allerdings wäre die Voraussetzung, daß Frankreich die am 15. Dezember fällig gewesene Zahlung nachhole. Demokratische Mitglieder des Kongresses erklärten, daß Roosevelt nicht verstehen werde, eine neue Verbindung mit dem von Hoover geplanten Sachverständigenausschuß herzustellen.

Der erste Schnelltriebwagen Berlin-Hamburg

W.B. Hamburg, 19. Dez. (Tel.) Fahrplanmäßig pünktlich traf am Montag vormittag der zu einer ersten Probefahrt auf der Berlin-Hamburger Strecke eingesetzte neue Schnelltriebwagen der Berliner Reichsbahn auf dem Hamburger Hauptbahnhof ein. Der neue Schnelltriebwagen wird in Zukunft die Entfernung zwischen Berlin und Hamburg in 142 Minuten bewältigen. Beim Empfang des Zuges hatten sich große Massen von Schaulustigen auf dem Hamburger Bahnhof eingefunden. Die an den Schienenpfeilern erinnernde schnittliche Form des Wagens, mit Hauptmotoren ausgerüsteten Triebwagens erregte allgemeine Bewunderung. Der Zug wird am Montagnachmittag von Hamburg nach Berlin zurückfahren.

Belagerungszustand über Buenos Aires

W.B. Buenos-Aires, 19. Dez. (Tel.) Die Regierung hat den Belagerungszustand verkündet, nachdem der Kongreß diese Maßnahme gefordert hatte. Man glaubt jedoch, daß der Belagerungszustand nur auf die Hauptstadt beschränkt wird.

Die Neugestaltung der politischen Verordnungen. Die Veröffentlichung der Verordnungen, die die bisherigen politischen Verordnungen mildert, wird voraussichtlich am morgigen Dienstag veröffentlicht. Die in der Kabinettsitzung am Samstag beschlossenen Änderungsorschläge werden dem Reichspräsidenten vorgelegt.

Dr. Gürbeler ist von seinem Amt als Reichskommissar für Preisüberwachung entbunden worden. Mit der Führung der Geschäfte wurde Ministerialdirektor Feinke betraut.

Die neue belgische Regierung. Das am Samstag gebildete neue Kabinett besteht im wesentlichen aus denselben Persönlichkeiten, wie das erste Ministerium de Broqueville. Das neue Kabinett wird sich am Dienstag den beiden Kammern vorstellen. Das Defizit beträgt nicht weniger als 2,5 Milliarden Franken.

Die Oberrheinwasserkräfte

Im Verband Süddeutscher Industrieller, Bezirksverein Karlsruhe, erstattete Dr.-Ing. Herbert Albrecht, i. Fa. Kraftübertragungswerke Rheinfelden, Mitglied des Vorstandes der Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Süddeutscher Industrieller, ein überaus interessantes Referat über „Die Oberrheinwasserkräfte“.

Der Vortragende erwähnte u. a., daß der Oberrhein von Basel bis zum Bodensee rund 850 000 PS zu spenden vermöge, also nur etwa 10 Prozent der Wasserkraftleistung, die insgesamt in Deutschland vermutlich vorhanden sei. Es könne deshalb die Frage nahelegen, warum sich neuerdings der Wasser-Großkraftwerksbau vornehmlich nach dem Oberrhein dränge. Dies läge an der durch den großen Bodensee verursachten gut ausgeglichenen Wasserspense des Rheines, die somit auch gut ausnützbare Kraftwerksanlagen ermögliche. Zudem gestalte dort die Gunst der Natur ein verhältnismäßig billiges Bauen. Dies alles ergebe einen preiswerten Strom, der übrigens durch die neueren Fortschritte der Wärmetechnik auch die Voraussetzung für den Entschluß zum weiteren Ausbau des Oberrheins sein müsse.

Leider bestehe am Oberrhein keine Möglichkeit, den erzeugbaren Strom reiflos zu verwerten, er müsse deshalb in großen Mengen nach dem Innern Deutschlands und der Schweiz fortgeleitet werden. Dies verteuere zwar den Strom etwas, erlaube andererseits aber die anzusehende reiflose Ausnützung der Werke. Allgemein könne man sagen, daß nur noch die allerbesten Wasserkräfte in Deutschland ausbaufähig seien. Dies sei vornehmlich beim Oberrhein der Fall, der durch seinen Ausbau auch der Schifffahrt einen Dienst erweise.

Die deutsche Landwirtschaft

Von E. Leonhard Albert, Diplom-Volkswirt

VI.
In den Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates (61. Vollversammlung) im letzten Jahre, welche ja weitgehend bekannt geworden sind, wurde besonders die Frage der Nutzungsmöglichkeit der einzelnen Böden eingehend untersucht, da erkannt wurde, daß die einzelnen Böden in ihrer Ausnutzung, gerichtet auf gesteigerten Ertrag, verschiedenartige Ausfälle zeitigen. Besondere Beachtung muß dem Ertragssteigerungsvorgang gewidmet werden, da nur in kluger, sachverständiger Überlegung zweckdienlich vorgegangen werden kann, um der Landwirtschaft einen Erfolg sicherzustellen.

Die deutsche Landwirtschaft ist immer ein gemischter Betrieb, der sich zusammensetzt aus Bodennutzung und Viehhaltung, letztere in bedingter Abhängigkeit von der Bodennutzung. Innerhalb dieser beiden Betriebsgruppen unterscheiden wir die verschiedensten Betriebszweige, äußerlich ein großes Ganzes, innerlich sehr verschieden, besonders im Hinblick auf die Erfolgsrechnung.

Unter dem Gesichtswinkel des zu erwartenden Ertrages müssen die einzelnen Untersuchungen vorgenommen werden, so z. B. untersucht man die zur Verfügung stehenden einzelnen Böden auf ihre mögliche Verwendungsfähigkeit. Man ist in vielen landwirtschaftlichen Kreisen der Meinung, daß solche Böden, die so wenig bringen, daß die hineingesteckten Gesamtaufwendungen sich nicht lohnen, nur sehr aufwandarm (extensiv) zu bewirtschaften seien, im Gegensatz zu den ertragsreichen Böden. Trockene Böden der Klasse 7 und 8 scheiden in vielen Fällen aus der Ackerkultur aus, um sie extensiv (aufwandarm) Schafweide oder dem forstwirtschaftlichen Betrieb zuzuführen. Besonders feucht gelegenes Ackerland soll in aufwandarme Grünlandwirtschaft überführt werden, da in vielen Fällen keine Selbstkostenenkung durch Erhöhung der Produktion zu erreichen ist. Diese beiden Betrachtungen entspringen der Forderung nach Intensivierung der Grünlandnutzung, insbesondere der erhöhten Weidenutzung, damit verbunden die Leistungserhöhung in der Milchproduktion. Dabei soll nicht die Kuhzahl vergrößert werden, sondern die Leistungsfähigkeit des einzelnen Tieres sich steigern. Singuläre ist auf einen zweckmäßigen sommerlichen Weidengang und eine Umstellung in der Winterfütterung — erhöhte Fleggaben, gesteigerte Saftfütterung, wozu noch Strohgabe (Krautfutter) kommen muß. Wenn diese Futtergaben begleitet sind von der Tatsache der Haltung zuchtgeprüften Viehes aus guten Stämmen, so ist mit unbedingtem Erfolg zu rechnen. (Stroh- und Strohheu im Ausland pro Kuh und Jahr: Dänemark 636 Kilogramm, Holland 607 Kilogramm, England 502 Kilogramm, dagegen Deutschland nur 180 Kilogramm.) Das Strohheu, das gegeben wird, ist der Spender des notwendigen Eiweißbedarfes. Die Kosten für das Krautfuttermittel sind in Deutschland unter dem Index für Produktionsmittellkosten gelegen.

Ähnliche Forderungen müssen ebenso hinsichtlich der Schweinehaltung gemacht werden, keine Zahlerhöhung, sondern Ertragssteigerung bei zweckmäßig angelegter Fütterung. Dasselbe gilt auch für die Fühnerhaltung. Wir in Deutschland sind, was die Legeleistung des einzelnen Huhnes angeht, dem konkurrierenden Ausland gegenüber noch stark im Hintertreffen.

Im Getreidebau, überhaupt in der Ackerwirtschaft, darf heute nur noch nach ganz genau festgelegten Gesichtspunkten gewirtschaftet werden. Inwiefern Weizenbau zu fördern ist, dabei der Anbau von Roggen zurückgedrängt wird, oder der Gerstenbau sich steigert und der Haferbau verliert, ist vorher genau zu prüfen. Es wird vielleicht nicht immer so bleiben, daß die Verdienstspanne bei Weizen und Gerste so gut ist, wie jetzt, besonders nicht, wenn in überreichem Maße der Anbau dieser beiden Arten einseitig gesteigert wird.

Die Grundbedingung für alle Bestrebungen in der Landwirtschaft — durch Senkung der Gesehungskosten erfolgreicher zu wirtschaften — ist das Leistungsprinzip. Das Erkennen, was der einzelne Betrieb erfordert, was ihm Erfolg bringt, ist der Grundstock zur Neugestaltung der jeweiligen Wirtschaft. Natürliche Voraussetzungen, wie Boden, Witterung, Klima, Verkehrsverhältnisse, Absatzverhältnisse und die neuere Spielarten Preisverhältnisse für

* S. Nr. 249, 252, 276, 280 und 294 der „Karlsruh. Ztg.“

Aufwand und Erzeugnis werden mit nach vielen anderen Faktoren die wirkliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Scholle bestimmen, somit auch ihre zweckentsprechende Behandlung.

Zu den Erkenntnissen auf dem rein landwirtschaftlich-technischen Gebiet muß auch noch der Rechnungslegung des Betriebes, der geordneten Buchführung, gedacht werden. Eines bedingt das andere, so bestimmt hier. Sie ist in erster Linie Darstellerin der Vermögenslage und erfährt den Gewinn- oder Verlust, weiterhin aber auch eine gute Vergleichsstatistik hinsichtlich der Erträge und Preise.

Man erkennt die richtigen Wege zum Wiederaufbau der Landwirtschaft. Unsere bestehende Arbeitslosenfrage fordert Schaffung zusätzlicher Arbeit, diese schafft wiederum Arbeit, Verdienste kaufen, setzen sich um.

Hier kommen wir, was dann Aufgabe des letzten Teiles dieser Arbeit ist, zu den Fragen, welche von der geldlichen Seite her die Landwirtschaft bedrücken und niederhalten. Hier ist in der Reihe der Fragen der deutschen Landwirtschaftspolitik heute das wichtigste Problem: „die landwirtschaftliche Verschuldung“. Eng mit ihr verbunden und um sie herum gelagert, sind all die Aufgaben, welche zu lösen sind. Gelingt es, hier zu verwirklichende Hilfe zu schaffen, ohne Sonderbehandlung auf Kosten der Allgemeinheit, so ist mit dem notwendigen Aufstieg in der deutschen Landwirtschaft mit Gewißheit zu rechnen.

Das Verfahren bei der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten

Die vom vorigen preussischen Landtag beschlossene Änderung seiner Geschäftsordnung, soweit sie die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten regelt, beschäftigte am Freitag den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig, der über eine Klage verhandelte, die von der nationalsozialistischen Fraktion des jetzigen preussischen Landtags in dieser Angelegenheit angestrengt worden war.

Gegenstand des Klagebegehrens ist, diesen Geschäftsordnungsbeschlusses des Landtags für verfassungswidrig zu erklären. Es soll erkannt werden, daß zur Wahl des preussischen Ministerpräsidenten nicht die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen für einen Bewerber notwendig ist. In seiner Begründung der Klage erklärte Rechtsanwalt Dr. Freister, daß die Änderung als sittenwidrig anzusehen sei, weil sie nur dazu dienen sollte, die Nationalsozialisten nicht an die Macht kommen zu lassen. Hiergegen wandte sich Professor Keller im Namen der vorigen Landtagsmehrheit und berief sich darauf, daß in Bayern, Hessen, Sachsen und Oldenburg für die Wahl des Ministerpräsidenten ebenfalls die absolute Mehrheit vorgeschrieben sei. — Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs wird am Dienstag verkündet werden.

Eduard Bernstein 7. In Berlin ist der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein im fast vollendeten 88. Lebensjahre an Altersschwäche gestorben. Er gehörte der Sozialdemokratischen Partei seit dem Jahre 1872 an. Gebürtiger Berliner, war er in seiner Jugend ein leidenschaftlicher Sozialist, widmete sich aber bald ganz der politischen Tätigkeit. Er war lange Jahre in der Schweiz Redakteur des sozialdemokratischen Kampforgans „Sozialdemokrat“ das der Bekämpfung des deutschen Sozialismus diente. Nach Ausweisung der Redaktion aus Zürich, ging er nach London, wo er bis zum Jahre 1901 lebte. Er zählte zu den persönlichen Bekannten von Marx und Engel, wurde aber unter dem Einfluß des englischen Sozialismus Gegner der radikalsten Richtung seiner Partei und wurde Begründer des Revisionismus.

Badisches Landes-Theater

Zum erstenmal:
„Die endlose Straße“

Es gibt Theaterstücke, die man zwar nicht gerne sieht, aber doch einmal gesehen haben muß. Dazu gehörte „Die endlose Straße“. Sonderbar allerdings, die dort erreichte Erschütterung blieb ziemlich aus, trotzdem unsere Phantasie reichlich durch Granateneinschläge und Alarmsignale gereizt wurde und obwohl die beiden Autoren Sigmund Graß und Carl Ernst Hinke dem geschilderten Schreckens- und Frontleben nichts von seiner Brutalität wegnahmen, ja dieser sogar einen bestimmten Tendenz aufsetzten. Nicht zuletzt schien jedoch die schwache Wirkung gerade durch tendenziöse Färbung verursacht, denn leider ist es den um Einzelheiten sehr bemühten Schriftstellern keineswegs gelungen, dies Antikriegsmotiv zu einem dramatischen Zwang zu machen; es fehlt nicht nur an jeder notwendigen theaterwirksamenuspitzung, sondern überhaupt an dem Willen, hinter die Dinge zu leuchten, d. h. das objektiv wiedergegebene Stoffliche irgendwie (und sei es subjektiv) zu verdichten und eindrucksvoll schließend zusammenzuballen.

Es mag sein und wird recht offenbar, daß aber gerade das die Absicht des Stückes sein soll. Es will mehr als „nur“ die Qualen der Frontsoldaten aufzeigen, „nur“ von ihrer seelischen und körperlichen Not reden, „nur“ ein Grauen vor der modernen Kriegsführung wachrufen, ohne es jedoch zu erreichen. Das wäre auch gewiß noch kein Nachteil, wenn eben im scharfen Licht des Scheinwerfers, vor dem immerhin die Zuschauer sitzen, die vier Bilder dadurch nicht ärger noch verbläut oder eher einen Nihil als eine durch wichtige Kraft erzeugte Spannung (selbst auf solche, die nie draußen waren) ausübten, ganz abgesehen davon, daß es, um die Schreden des Krieges beweiskräftig zu gestalten, denn doch noch anderer Mittel bedarf, als solcher an und in sich eindringlich hingeworfener Streiflichter.

Dem Frontstück beider Felix Baumbachs berittische, von Lorfen Orchts zwei Bühnenbildern ebenfalls stark realistisch untertützte Regie eine anfänglich ungemein fesselnde Erit-aufführung. Wie die Soldaten da im engen und halberhöf-tigen Unterbau mit ihrem Hauptmann und ihren Verwundeten zusammenhockten und im nahen Weineinander ihre Gedanken über den Krieg im allgemeinen und die erwartete Ablösung im besonderen austauschten, war zugleich eine glänzende Kollektivarbeit des gesamten männlichen Schauspielersonals, das noch etliche Hilfskräfte aus der Oper ergänzten. Doch schon beim zweiten Bild lockerte sich das Interesse, woran außerdem die oft in unerträgliche Breite gezogene Darstellung, einige Schuld-trug. Auch späterhin konnte die — übrigens stets mit flüchtiger Einsicht zurechtgemachte und eingesehte — Menae von Darstellern, deren wir hier nur mit einem Gesamtlob abenden wollen, das nicht ganz verhinbern, in der Hauptsache aber

Regierung Paul-Boncour in Frankreich

„Fortsetzung des Ministeriums Herriot“

Sonntagabend ist in Frankreich das Kabinett Paul-Boncour zustandekommen und der Präsident der Republik hat die Ernennungsdekrete unterzeichnet. Das Kabinett Paul-Boncour besteht aus 17 Ministern und 12 Unterstaatssekretären. Ihn gehören fünf Senatoren und 24 Abgeordnete an. Unter den Ministern und Unterstaatssekretären bekleiden 19 bereits im Kabinett Herriot Posten. Zehn Minister und Unterstaatssekretäre sind neu eingetreten.

Bei Bekanntgabe der offiziellen Ministerliste erklärte Paul-Boncour: „Mein Ministerium ist die Fortsetzung des Ministeriums Herriot. Die Politik, die das Kabinett betreiben wird, wird dies beweisen. Die Betrauung Chéron mit dem Finanzministerium beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend der Absicht des vorausgegangenen Kabinetts dem Lande die volle Wahrheit über die finanzielle Lage zu sagen und schnell die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen gedenkt.“ Die Formel, die Paul-Boncour gefunden hat, lautet: Eine Vereinigung der Linken.

Paul-Boncour übernimmt die Ministerpräsidentschaft und das Außenministerium, Senator Chéron das Finanzministerium, Abg. Chaumemps das Innenministerium, Abg. Daladier das Kriegsministerium, Senator Leques das Marineministerium, Abg. Pointevé das Luftschiffahrtsministerium.

Paul-Boncour hatte trotz der Weigerung der Sozialisten, in sein Kabinett einzutreten, die Regierungsbildung übernommen. Die sozialistische Kammerfraktion hat aber mitgeteilt, daß sie bereit sei, Paul-Boncour's Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß sie ihm die gleiche Unterstützungspolitik wie dem vorausgegangenen Kabinett zuteil werden lasse.

Ein Minderheitskabinett

EN. Paris, 19. Dez. (Priv.-Tel.) Das Kabinett Paul-Boncour ist ein Minderheitskabinett, das auf das Wohlwollen der Sozialisten oder des rechten Flügels der Mittelparteien angewiesen ist. Die Achillesferse des Kabinetts Paul-Boncour scheint die Finanzfrage zu sein. Das neue Ministerium wird unweifelhaft eine Mehrheit von etwa 350 Stimmen erhalten, wenn es sich kommende Woche dem Parlament vorstellt. Dann wird jedenfalls nach Bewilligung eines Budgetwöhlsteils eine Pause von vier Wochen eintreten.

Was für Deutschland am Kabinett Paul-Boncour wichtig ist, ist die Tatsache, daß Paul-Boncour das Außenministerium ver-makelt. Paul-Boncour ist für Deutschland kein Unbekannter. Denn er hat mit kurzer Unterbrechung in Genf die französische Sicherheitskommission vertreten und immer der natürlichen Entwicklung der Abstützung im Wege gestanden. Paul-Boncour wird seine Haltung genau nach dem von ihm entworfenen Abstützungsplan einrichten, und es dürfte schwer fallen, ihn zu überzeugen, daß er in der Sicherheitsfrage sich den unerbittlichen Gedanken nähern muß, wenn die Abstützungskonferenz im neuen Jahr ihre Arbeiten rasch fördern will. Etwas Gutes allerdings ist, daß zum Unterstaatssekretär des Außenministeriums der junge radikale Abgeordnete Pierre Cot ernannt wurde. Er gehört zu jener jungen Generation, die aus dem Kriege gelernt hat, den Gedanken des engherzigen Nationalismus den Krieg zu erklären. Pierre Cot beabsichtigt ehe-lich, Briand's Plan für die Schaffung einer europäischen Union in die Tat umzusetzen. Ob er in Kabinett freilich hierfür die notwendige Unterstützung findet, ist eine Frage, die nur die Zeit beantworten kann. Nicht unwesentlich für die Abstützung ist auch, daß Daladier das Kriegsministerium übernommen hat. Wenn Daladier als Kriegsminister dem Gedanken folgen kann, die er als Abgeordneter wiederholt auch im Plenum der Kammer entwickelte, dann könnte man annehmen, daß Paul-Boncour ihm in der Abstützungsfrage viel-leicht Zugeständnisse macht. Daladier hat schon vor langer Zeit die Notwendigkeit der Herabsetzung des Kriegsbudgets nach-gewiesen.

— um es noch einmal zu sagen —, weil eben keine Dichter an Werk waren, die besser hören und tiefer sehen als andere Leute, die statt einer Reportage eine wirklich gestaltete Erkenntnis schaffen.

Nach der Neuordnung des Rundfunkwesens

Baden im Südfunk

Über die nähere Ausgestaltung und vor allem über das neue Verhältnis Badens zum Südfunk fand im Rathaus in Karlsruhe eine Aussprache im Rundfunkausschuß des Ver-kehrsvereins statt, an der auch Vertreter des Innen- und des Kultusministeriums teilnahmen.

Die Oberregierungsrat Kühn vom Ministerium des Innern in einem Vortrag ausführte, wird die seitberige Südfunk-AG. mit 300 000 RM. Aktienkapital in eine G.m.b.H. mit 50 000 RM. Stammkapital verwandelt. Im Gegenzug zu früher ist Baden an dieser neuen Gesellschaftsform auch finanziell beteiligt, indem es 22 v. H. der Anteile übernimmt (Württemberg 27 v. H. und Reichsfunkgesellschaft 51 v. H.). Auch an der Reichsfunkgesellschaft (100 000 RM. Stammkapital) ist Baden mit 4000 RM. beteiligt. Im Verwaltungsrat der Reichsfunkgesellschaft wird auch Baden betreten sein; dagegen er-scheint es fraglich, ob es einen Sitz in dem Programmbeirat der Reichsfunkgesellschaft, der 15 Mitglieder zählt, erhält.

Der Programmbeirat des Südfunks zählt 11 Mitglieder, 6 aus Württemberg und 5 aus Baden. Die Rundfunkgesell-schaft ist verpflichtet, in allen grundsätzlichen Fragen den Pro-grammbeirat zu hören, dagegen ist für die Programmgestal-tung allein der Intendant verantwortlich.

Die an einer Aussprache Beteiligten stellten sich einmütig auf den Standpunkt, daß sich der Südfunk in Zukunft von jeg-licher eigener privater Konzerttätigkeit zurückziehen und auch keine Mittelmannen hiermit betrauen solle. Ebenso müsse die seitherige Übung der „Herabsetzung der Eintrittspreise für Rundfunkhörer“ auf die Hälfte für solche Konzerte fallen, da sie vielfach zu Täuschungen geführt habe, denn die Preise seien doch eigentlich die normalen Preise. Man trat ferner dafür ein, daß bei den Sendungen des Südfunks der Grenz-landscharakter Badens und die sich daraus ergebende Bedeu-tung des Landes stärker als bisher betont werden müßte. Die Kritik richtete sich schließlich auch gegen die verspäte-te Durchgabe hochwertiger künstlerischer Darbietungen (erst nach 23 Uhr), während vorher die Hörer mit Ausberichten und wenig wichtigen Nachrichten ausgehalten würden.

Uraufführung im Freiburger Stadttheater. Unter General-musikdirektor Balzers Leitung kam am Donnerstag Abio Luzzattos biblische Drama „Judith“ zur Uraufführung, die nach den hundertjährigen Schlußhören mit anhaltendem, starkem Beifall aufgenommen wurde. Der anwesende Komponist mußte sich wiederholt zeigen.

Arbeitsbeschaffung und Siedlung

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine auf Grund von Artikel 48 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung.

Danach wird zu einheitlicher und beschleunigter Förderung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ein Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung bestellt. Der Reichs-kommissar wird vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichs-kanzlers ernannt. Der Reichskommissar hat seine Auf-gaben im Benehmen mit den zuständigen Reichsministerien wahrzunehmen. Der Reichskanzler legt beim Reichskommissar einen Ausschuss aus Mitgliedern der Reichsregierung ein. Der Ausschuss ist zuständig zur Beschlußfassung über 1. die Richtlinien zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung; 2. die Zulassung von Arbeiten, die entweder von den Richtlinien er-heblich abweichen oder besonders wichtig sind. Zur beratenden Mitwirkung an den Aufgaben des Reichskommissars kann ein Beirat gebildet werden.

Der Reichskommissar kann seine Befugnisse Reichsbehörden und Dienststellen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie im Benehmen mit der Landesregierung Landes- und Gemeindebehörden übertragen. Die Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden sowie andere Körperschaften des öffentlichen Rechts haben ihm jede zur Wahrnehmung seiner Aufgaben dienliche Verwaltungshilfe un-entgeltlich zu leisten.

Um die Vereinheitlichung der Aufgaben der ländlichen Siedlung sicherzustellen, legt der Reichskanzler bei dem Reichs-minister für Ernährung und Landwirtschaft einen Ausschuss aus Mitgliedern der Reichsregierung ein, dessen Beschluß-fassung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere über die Auf-stellung von Richtlinien und über deren Durchführung einzu-holen hat. Der Reichskanzler kann den Vorsitz des Ausschusses selbst übernehmen. Seine Vertretung steht dem Reichskom-missar für Arbeitsbeschaffung zu.

Die Reichsregierung kann zur Durchführung der Arbeits-beschaffung und der ländlichen Siedlung Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsbestimmungen erlassen. Sie kann dabei von den bestehenden reichs- und landesrechtlichen Vor-schriften abweichen.

Danach erhält also, wie schon angekündigt wurde, der Reichskommissar Dr. Gerete keine umfangreiche Behörde, son-dern die Möglichkeit, auf die anderen Ressorts im Sinne der Arbeitsbeschaffung einzuwirken. Die Frage der Zuständigkeit bei der Siedlung bleibt zwar ressortmäßig dem Ernährungs-ministerium, aber alle wichtigen Entscheidungen werden an den Siedlungsausschuß verwiesen, in dem nicht der Ernäh-rungsminister, sondern in Vertretung des Reichskanzlers der Reichskommissar den Vorsitz hat. Bemerkenswert ist ferner, daß durch die Schaffung zweier Ausschüsse die Aufstellung der Richtlinien nicht dem Arbeitskommissar selbst, sondern kolle-gialen Gremien übergeben worden ist, in denen der Kommi-sar allerdings seinen sachlichen Einfluß in vollem Maße geltend machen kann.

Die Krise bei der REDA.

Hitler hat drei weitere Verfügungen erlassen, um die Schlag-kraft der nationalsozialistischen Bewegung zu erhöhen. Die Gaukommissare unterziehen nun Hitler persönlich und direkt, Befehlen in seinem Namen und sind nur ihm selbst verantwor-tlich. Ferner wurde eine „politische Zentralkommission“ ge-achtet, zu deren Vorsitzenden Hitler's Sekretär Rudolf Heß er-nannt wird. Sie soll die „höchste Einheitlichkeit in der Durch-führung des politischen Kampfes“ sicherstellen. Dem Vorhän-gen steht gegenüber Veröffentlichungen und Antisagen grund-sätzlichen Charakters ein Einspruchsrecht zu, „das ihre Ver-bindung bzw. ihre Antragstellung solange sperri, bis nicht entweder im gegenseitigen Einvernehmen eine Verständigung erzielt wurde oder Hitler selbst als letzte Instanz seine Ent-scheidung getroffen habe“.

Die Schlachtfestener in Thüringen. Vom thüringischen nationa-lsozialistischen Kabinett ist am Samstag, ein Tag nach dem Beginn der Landtagsferien, gegen die Stimme des dem Thü-ringer Landbund angehörenden Staatsrats, ein Schlachtfestener-gesetz beschlossen worden, das am 1. Januar als Notgesetz in Kraft treten soll. Für Daschlachtfestener sind in bestimmten Fällen Steuerbefreiungen vorgezehen.

Kleine Chronik

Ein großer Omnibus, in dem sich 26 Personen aus verschie-denen Ortschaften des Oberamts Ulm befanden, stieß auf der Fahrt von Langenau nach Mümburen gegen einen Baum und stürzte in den Straßengraben. Die 26 Insassen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Der Führer des Kraftwagens wurde wegen Trunkenheit in Haft genommen.

In drei Warenhäusern in Mainz wurden am Sonntag Tränengasanschläge verübt, die den Geschäftsbetrieb vorüber-gehend empfindlich störten. Die Polizei nahm mehrere Ver-dächtige fest. Die Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Zollfahndungsstelle Dortmund hat einen tiefen Schwarzbrennereibetrieb aufgedeckt. Der Inhaber, ein frü-herer Reichstagsabgeordneter, wurde verhaftet.

Bei einem Fußballspiel in Wanderscheid (Eifel) stieß am Sonntag ein 23jähriger Mitspieler namens Klas mit einem anderen Spieler so unglücklich zusammen, daß Klas beim Sturz das Genick brach und sofort starb.

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Chauffeur August Jäger wegen Verrats des ersten deutschen Gasangriffs bei Langemarck zu 10 Jahren Zuchthaus. Dem Angeklagten war zur Last gelegt worden, in der Nacht zum 14. April 1915 in Langemarck in der Absicht zu den Gegnern überge-laufen zu sein, den in diesem Frontabschnitt geplanten ersten deutschen Gasangriff zu verraten. Der Staatsanwalt hatte 14 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten beantragt.

An fünf verschiedenen Stellen der Stadt Berlin verübten Samstagabend junge Burchen überfälle auf Lebensmittel-geschäfte und entnahmen überall nach Mitnahme der geraubten Waren unerkannt. Aus einem kommunikativen Demon-strationszug heraus wurde ein Schutz abgegeben und eine 44jähr. Frau durch Unterstichenschuß verletzt. Mehrere Demon-stranten wurden festgenommen.

In Oerlikon bei Zürich fuhr infolge Rebell's ein Personenzug auf eine Lokomotive. 3 Personen wurden getötet, 4 schwer und 15 leicht verletzt.

Im Warenhaus Gerzog, dem größten Warenhaus Wiens, wurde am Sonntagnachmittag zu einer Zeit, in der das Haus fast überfüllt war, ein Tränengasanschlag verübt. Die Klau-fer wurden von einer Panik ergriffen. Der Feuerwehrgelag es nach einstuändiger Tätigkeit, die Räume zu entlüften.

Badischer Teil

Sinanzminister Dr. Mattes über Arbeitsbeschaffung in Baden

Die „Badische Presse“ veröffentlicht Auslassungen des Finanzministers Dr. Mattes zu der Frage, welche Möglichkeiten, aber auch welche Grenzen ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm in sich schließt.

Wenn es der Staatspolitik gelingen würde, so führte der Minister aus, nur eine halbe Million Arbeitsloser in Arbeit zu bringen, dann wäre das für eine kommende Besserung von ungeheurer Bedeutung. Die Befürchtung, daß die Kreditausweitung unter Zuhilfenahme der dem Zentralnotenbankinstitut gegebenen Kreditmöglichkeiten zu einer Inflation führen könnte, hielt der Minister für unrichtig, denn nach seiner Auffassung ist in der Wirtschaftsdrehscheibe eine auch recht weitgehende Kreditausweitung unbedenklich und nicht gefährlich, wenn sie volkswirtschaftlich richtig verwendet wird. Die volkswirtschaftlich nützlichen Dingen müßten so geschaffen sein, daß sie im Laufe der nächsten Jahre aus staatlichen oder wirtschaftlichen Gründen ausgeführt werden müßten und daß, wenn man sie jetzt ausführt, dies nur eine Vornahme kommender zwangsläufiger Arbeiten bedeutet.

Solcher Arbeiten sind in Baden aber eine Reihe vorhanden. Der Minister nannte in diesem Zusammenhang den Rinnsteinbau in Heidelberg, ferner die Brückenbauten bei Magau und Speyer, weiter den Bau einer zollfreien Straße an der Schweizer Grenze bei Basel, die fertig sein müßte, wenn die bisherigen Hindernisse der Rheinschifffahrt bis nach Basel durch die Rheinregulierung beseitigt sind. Es sei nicht wünschenswert, daß die Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm lediglich vom Staate ausgegeben, sondern ein Teil sollte auch den Gemeinden zugeleitet werden. Es seien in der letzten Zeit in Baden sowohl von der Stadt Konstanz wie von den Gemeinden am Neckar, Wünsche in Bezug auf den Bau von Brücken geäußert worden, die man ebenfalls zu den Bauten rechnen könne, die in das Arbeitsbeschaffungsprogramm hineinpassen. Auch einige Kanalisationsprojekte von Gemeinden gehören hierzu.

Badische Fleischsteuer

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Gemäß § 18 Buchstabe b des Fleischsteuergesetzes vom 9. Dezember 1932 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 305) wird auf die Erhebung einer Fleisch-Ausgleichsteuer bei der Einfuhr von Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aus den Ländern Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Hamburg, Lübeck, Bremen in das Gebiet des badischen Staates im Weg der Gegenleistung verzichtet.

Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 20. Dezember 1932 an in Kraft.

Rundfunkvorträge über Berufsberatung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Die vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschlands veranstalteten Rundfunkvorträge über Berufsberatung finden jeweils an einem Samstag von 18.50 bis 19.20 Uhr statt.

Der erste, am 7. Januar, behandelt das Thema „Das studentische Berufsamt“ — Dr. Breiting, Leiter des akademischen Berufsamts an der Universität in Tübingen, der zweite am 14. Januar: „Praktische Berufsberatung für Abiturienten“ — Regierungsrat Stähler, Berufsberater im Arbeitsamt Stuttgart, der dritte am 21. Januar: „Berufe für Mädchen mit mittlerer Reife und Abiturientinnen, die nicht studieren wollen“ — Berufsberaterin Cordemann vom Arbeitsamt Göppingen, der vierte am 28. Januar: „Die Berufsberatung in der Krise“ — Arbeitsamtsdirektor und Berufsberater Erdt vom Arbeitsamt Ehlingen.

Hypothekensfundung

In dieser unter vorhergehender Überschrift in der Samstagnummer der „Karlsruher Zeitung“ enthaltene Notiz hat sich ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. Das Wort ursprüngliche Zahlung — auf Seite 16 von unten — ist falsch; es muß selbstverständlich heißen: unzulässige Zahlung! Der in Frage kommende Satz hat zu lauten:

„Danach kann sich der Schuldner auf die Stundung berufen, auch wenn die Fälligkeit die Folge einer unzulässigen Zahlung von Zins- oder Tilgungsbeträgen ist, sofern er die rückständigen Beträge bis zum 31. Dezember 1932 nachzahlt.“

Badischer Landtag

Eingänge

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtag eine Anzahl Anträge eingereicht. In einem Antrag wird die sofortige Aufhebung des Fleischsteuergesetzes verlangt. Ein weiterer Antrag erucht um Erhöhung der Fürsorgebeiträge. Ein Antrag wendet sich gegen die Kürzung der Arbeitslosen-, Renten- und Fürsorgebeiträge und -sätze, er fordert, die Regierung möge bei der Reichsregierung auf die Aufhebung der Bestimmungen der Notverordnung vom 8. November 1931 hinwirken. Ein Antrag beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe; neben der Aufhebung bzw. Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen der 3. Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 wird beantragt, daß Unterhaltungsarbeiten an Staats- und gemeinbedingenen Baulichkeiten nicht in Fürsorgepflichtarbeit ausgeführt werden dürfen, und auch der freiwillige Arbeitsdienst ausgeschlossen ist. Eine förmliche Anfrage verlangt Auskunft, weshalb mit dem Bau der Rheinbrücken bei Magau und Speyer noch nicht begonnen wird. Dann erucht ein Antrag die Regierung, alsbald ein umfassendes Arbeitsprogramm aufzustellen und schließlich wird beantragt, den geplanten Abbau der Pflasterstellen in den Heil- und Pflegeanstalten nicht durchzuführen, und die mit Aussicht auf planmäßige Beamtstellung angefallenen, zur Zeit noch nicht planmäßigen Pflaster in dem Maße, wie Stellen frei werden, planmäßig anzustellen. — Als Deckung der durch die Anträge bedingten Ausgaben schlägt die Sozialdemokratische Fraktion vor, von der im Staatsvoranschlag für die Hagelversicherung angelegte Summe von 300 000 RM., die in diesem Jahre nicht benötigt wurde, 200 000 RM. zu verwenden.

Keine Betriebsstilllegung bei Herosé. Die Nachricht von der Stilllegung der Zementfabrik Herosé & Co. in Döflingen trifft glücklicherweise nicht zu. Das Unternehmen mußte allerdings eine Anzahl Arbeiter kündigen. Da die Zahl 9 dabei überschritten wurde, mußte seitens der Firma ein Stilllegungsantrag nach den gesetzlichen Vorschriften gestellt werden. Der Betrieb der Firma Herosé wird in der bisherigen Form weitergeführt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Goldene Sonntag zeigte sich heuer in einem wenig erfreulichen Lichte. Es war recht kalt und den ganzen Tag über lagerten dicke Nebelschwaden über der Stadt; nur am Nachmittag gelang es der Sonne für kurze Zeit, den Nebelschleier zu zerreißen. Auf den Hauptverkehrsstraßen, besonders auf der Kaiserstraße, waren große Menschenmassen unterwegs, viele „Schleute“. Das geschäftliche Ergebnis wird von Geschäftsleuten als „zeitgemäß“ bezeichnet.

Annahme von Privattelegrammen in den Schnell- und Eilzügen. Im Hinblick auf den stärkeren Reiseverkehr an den bevorstehenden Feiertagen wird daran erinnert, daß Privattelegramme in den Schnell- und Eilzügen durch das Zugbegleitpersonal zur Weitergabe angenommen werden. Der Reisende ist also des zeitraubenden und umständlichen Aufschlusses des Telegrammschalters entbunden.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Eine ganz andere Welt tut sich auf — ein Kriegsfilm: „Berge in Flammen“. Kriegsfilme geraten in die Gefahr, kitschig zu werden, weil sie weit entfernt sind, die Wirklichkeit zu bringen. Hier ist das nicht der Fall, sondern haben es mit einer Schilderung eines kleinen Abschnittes aus dem großen Krieg zu tun. Der Film verfolgt seine Tendenz, sondern läßt jeden Zuschauer über den Krieg denken, wie er will. Trotzdem sind alle Phasen eines Bergkrieges auf das eindringlichste geschildert. Nicht allein, daß hinter jeder Felsparade der Tod lauert, sondern auch die Natur tut ihr übriges, um Freund und Feind unerhörte Strapazen aufzuerlegen, durch Stürme, Eis und Schnee, dazu Lawinen und Steinfall. Der Ort der Handlung bilden die Dolomiten in ihrer ganzen Größe und Erhabenheit. Wanderbare Naturaufnahmen erleben im Hintergrund. In der Hauptrolle stehen wir Luis Trenner. Ein tiefaufwendlicher Film. — Eine Besichtigungstour „Abbrütung im Urwald“ ist recht unterhaltend ausgefallen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen: Die Wetterlage hat sich für unser Gebiet noch nicht wesentlich geändert. Im Rheintal hält sich hartnäckig ein Kaltluftsee mit intensiver Nebelbildung, während auf den Schwarzwaldhöhen sonniges und mildes Wetter herrscht. Bis zu 14 Grad Wärme liegt die Temperatur gestern stellenweise in diesen Höhen. — Süddeutschland und Schottland sind gegenwärtig die einzigen Gebiete Deutschlands, in denen noch Fröste beobachtet werden. Voraussichtlich wird bis morgen noch keine durchgreifende Änderung eintreten. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

bid. Heidelberg, 16. Dez. Die Maurerarbeiten an der Neuen Universität gehen langsam ihrem Ende entgegen, aber immerhin verbleiben noch einige Wochen, bis der Neubau fertig dasteht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch der Dementur, der nun fast ganz vom Strahlenbild verschwindet, noch einige Zeit beansprucht, bis er so erneuert ist, daß er sich in das Ganze einfügt. Bis die Innenausstattung ausgeführt ist, wird es noch Monate dauern, und es kann als feststehend gelten, daß der Neubau nicht vor dem Sommersemester 1933 in Betrieb genommen wird. Von der Größe des Gesamtbaues macht man sich am besten einen Begriff, wenn man erwägt, daß er über 300 Räume hat.

bid. Freiburg i. Br., 18. Dez. Die diesjährigen Sammlungen für die Winterhilfe sind bisher weit hinter dem erwarteten Ergebnisse zurückgeblieben. Bei der Vorgehensweise gingen 18 000 RM. weniger ein als im Vorjahre, und die Sachgabensammlungen ertrugen gar nur einen Wertbetrag von rund 6000 RM., gegenüber 52 000 RM. im vergangenen Winter. Auch die auf dem Lande veranstalteten Lebensmittelsammlungen hatten nicht den erwarteten Erfolg, so daß sich die Freiburger Volksgemeinschaft, die rund 8000 bedürftige Familien zu betreuen hat, vor eine äußerst heikle Aufgabe gestellt sieht.

bid. Rhein, 18. Dez. Als letzte Gäfte treiben sich seit einigen Tagen am Steiner Kog und im Rheinortland Wildschweine herum, die offenbar durch Treibjagden in den benachbarten eckigen Gebieten vertrieben wurden und über den Rhein gekommen sind. Man hat auch schon wiederholt Rothwild beobachtet, das vom Oberrhein durch den Rhein nach Baden herüberwechelte.

bid. Albrun (bei Baldshut), 18. Dez. Im Laufe der vergangenen Woche ist im Maschinenhaus des Kraftwerks Albrun-Dogern die erste Turbine, geliefert von der Firma Escher-Wsch & Co., eingebaut worden. Der Einbau des etwa 250 Tonnen schweren Angetriebs ist ohne jeden Unfall vor sich gegangen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	19. Dezember		15. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam . . . 100 G.	169.18	169.52	169.28	169.62
Kopenhagen 100 Kr.	72.13	72.27	71.53	71.67
Natalien . . . 100 L.	21.54	21.58	21.53	21.57
London . . . 1 Pf.	13.93	13.97	13.82	13.86
Neu York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.426	16.465
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.11	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Daimler-Benz AG., Berlin-Stuttgart. Die Hauptversammlung beschloß die Verabreichung des Aktienkapitals in erleichteter Form von 50,36 auf 43,62 Mill. RM. durch Einziehung von nominell 6,74 Mill. RM. eigener Stammaktien, sowie die Aufhebung des Reservefonds. Im laufenden Geschäftsjahre erfordert die Betriebsrechnung keine weiteren Zuschüsse, dies sei um so beachtlicher, als die Gesellschaft einen weiteren Umsatzrückgang von 20 Proz. gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen habe. Die Gesellschaft sieht mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft.

Zur Lage in der Rheinschifffahrt. Infolge des plötzlich eingetretenen Frostwetters ist das Wasser des Oberrheins weiter gefallen. Nach Straßburg-Rehl können infolgedessen die Rähne nur noch mit einem Tiefgang von 1,50 Meter fahren. Die Rähne müssen schon in Mannheim etwas leichtern. Dadurch haben auch die Hafenboote in Mannheim etwas mehr zu tun. Der Schlepplohn in der Verkehrsbeziehung Mannheim-Rehl-Straßburg und Mannheim-Karlsruhe blieb unverändert.

Staatsanzeiger

Der Offenburger Notgemeinschaft wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Losbriefflotterie im Stadtgebiet erteilt. Karlsruhe, den 17. Dezember 1932. Der Minister des Innern.

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 15. Dezember 1932 im Lande Baden verzeichnet mit:

Raul- und Klauenzucht:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bühl	Greftern
Donaueschingen	Swattingen
Emmendingen	Hödingen
Heidelberg	Ziegelhausen
Rehl	Helmtingen
	Schweinepest:
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Ottenheim
Mannheim	Mannheim-Sedenheim, Altlufheim, Ladenburg, Neckarhausen, Ostersheim, Schriesheim
	Milzbrand:
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Schutterzell

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Ernannt: Oberregierungsrat Dr. Hans Gramer im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Ministerialsekretär daselbst; die Direktoren Dr. Kurt Jock an der Mädchenrealschule mit Mädchenrealschulmuseum und gymnasialer Abteilung in Heidelberg sowie Dr. August Ganther an der Realschule in Neustadt zu Oberregierungsräten im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Planmäßig angestellt: Nachlehrer Ernst Morlok an der Goldschmiedeschule in Pforzheim.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Oberlaborant Martin Metz an der Psych.- und Nervenklinik in Freiburg.

Justizministerium. Ernann: für die Geschäftsjahre 1933, 1934 und 1935.

I. für die Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Karlsruhe

a) zu Handelsrichtern: Konsul Robert Nicolai, Präsident der Handelskammer, Fabrikant Albert Eichersheimer, Kaufmann Wilhelm Gasser, Kaufmann Martin Gschä, Vizepräsident der Handelskammer, Fabrikant Jakob Kuchs, Fabrikant Dr. Friedrich Ettlinger, Kaufmann Adolf Weller, Vizepräsident der Handelskammer, alle in Karlsruhe; Fabrikdirektor Karl Rüdtsch in Lurlach, Fabrikant Adolf Daus, Vizepräsident der Handelskammer, Fabrikant Julius Moser, Kaufmann Otto Lichtenfels, alle in Pforzheim;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Direktor und Generalkonsul Billy Menzinger, Kaufmann Dr. Fritz Reitzen, Justizrat Dr. Ewald Siquet, Bankier Professor Dr. Nathan Stein, Konsul a. D. Karl Aelstner, Vizepräsident und Diplomingenieur Heinrich Wöhringer, Generaldirektor a. D. Dr. Gustav Ederlein, Fabrikant Ferdinand Lindebmeyer, Kaufmann Heinrich Werbradt, Vizepräsident Dr. Richard Beh, alle in Karlsruhe; Fabrikant Karl Knoll, Fabrikant Moritz Behner, Fabrikant Emil Weigel, Direktor Karl Weibel, Max Bühler in Firma Carl Bühler jr., Oskar Siegler in Firma Emil Siegler, alle in Pforzheim;

II. für die Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Mannheim

a) zu Handelsrichtern: Kaufmann Karl Kocotte, Direktor Otto Grob, Fabrikant Dr. Erich Mayer, Kaufmann Hermann Liebhold, Geschäftsführer Georg Hellmuth, Diplomingenieur Otto Röhler, Kaufmann Ernst Nathan, Kaufmann Peter Bertho, Direktor Dr. Robert Weber, Direktor Karl Meister, Fabrikdirektor Dr. Oskar Bühler, Direktor Josef Grottschneider, Direktor Ernst Hummel, Direktor Rudolf Meffer, Direktor Friedrich Weinmann, Direktor Felix Benjamin, alle in Mannheim;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Direktor Dr. Karl Weib, Kaufmann Paul Ketter, Kaufmann Ludwig Stetter, Dr. Fritz Baffermann, Dr. Fritz Reuther, Kaufmann Samuel Girschbruch, Konsul Oskar Bungert, alle in Mannheim; Fabrikant Max Girsch in Weinheim;

III. für die Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Heidelberg

a) zu Handelsrichtern: Fabrikdirektor a. D. Fritz Brans, Vizepräsident a. D. Heinrich Kremersch, Fabrikant Wilhelm Landfried, Buchhändler Ewald Faust, alle in Heidelberg;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Fabrikant Dr. Oskar Haber, Drogist Ferdinand Dettlinger, Buchdruckerbesitzer Dr. Fritz Schulze, Vizepräsident Dr. Wilhelm Noebel, Fabrikant Richard Hecker, alle in Heidelberg; Fabrikdirektor Dr. Erhard Schott in Leimen;

IV. für die Kammer für Handelsfachen beim Landgericht Offenburg

a) zu Handelsrichtern: Fabrikdirektor Wilhelm Bauer, Fabrikant Max Dols, beide in Offenburg, Fabrikdirektor Max Wäldin in Lahr, Kaufmann Ludwig Raacke in Bühl i. B., Direktor Gustav Stegen in Oberachern, Fabrikdirektor Ewald Cronin in Hornberg;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Fabrikant Anton Gahn, Direktor Karl Fähler, beide in Offenburg, Großkaufmann Fritz Meister in Lahr, Direktor Karl Schmid, Kaufmann Emil Berger, beide in Achern, Kaufmann Johann Spatthoff in Hornberg;

V. für die Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Freiburg

a) zu Handelsrichtern: Bankier Adelf Krebs, Expediteur Ernst Burthardt, Diplontaufmann Julius Ruel, Kaufmann Carl E. Werner, alle in Freiburg, Fabrikant Kurt Kofwog in Herbolzheim, Weinhandeler Peter Clerren in Schallstadt, Weinhandeler Kurt Blantehorn in Schlengen, Kaufmann Carl Müller in Neustadt;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Fabrikant Paul Göttermann in Gutach, Direktor Paul Schrott, Vizepräsident a. D. Billy Wolff, Hotelier Edwin Haas, alle in Freiburg;

VI. für die Kammern für Handelsfachen beim Landgericht Konstanz

a) zu Handelsrichtern: Kommerzienrat Dr. Wilhelm Stegeler, Kaufmann Fritz Grabmann, Buchhändler Karl Gsch, alle in Konstanz, Fabrikant Hermann Schöner in Billingen;

b) zu Handelsrichterstellvertretern: Vizepräsident i. R. Paul Schleicher, Kaufmann Josef Sauter, Kaufmann Alfred Delisle, Kaufmann Otto Kallenbader, Direktor Dr. E. Dälinger, alle in Konstanz, Kaufmann Arthur Damm in Hurlwangen.

